

Bitte lesen Sie sich das Merkblatt aufmerksam durch und heben Sie eine Ausfertigung bei Ihren Unterlagen auf!

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an die Unterhaltsvorschussstelle.

Zur Angabe der Daten im Antrag auf Gewährung von Leistungen nach dem UVG sind Sie gem. §§ 60 ff. Sozialgesetzbuch – Erstes Buch – (SGB I) sowie § 1 Abs. 3 UVG verpflichtet.

1. Wer hat Anspruch auf die Unterhaltsvorschussleistung nach dem UVG?

Berechtigt nach dem UVG ist das Kind. Die Voraussetzungen für einen Anspruch auf Leistungen müssen deshalb in der Person des Kindes erfüllt sein. Ein Kind hat Anspruch auf die Unterhaltsvorschussleistung, wenn es

- a) das zwölfte Lebensjahr noch nicht vollendet hat **und**
- b) im Bundesgebiet bei einem seiner Elternteile lebt, der
 - ledig, verwitwet oder geschieden ist **oder**
 - von seinem Ehegatten oder Lebenspartner dauernd getrennt lebt **oder**
 - dessen Ehegatte oder Lebenspartner für voraussichtlich wenigstens 6 Monate in einer Anstalt untergebracht ist **und**
- c) nicht oder nicht regelmäßig mindestens in der nach Abschnitt 3 in Betracht kommenden Höhe
 - Unterhalt von dem anderen Elternteil **oder**
 - wenn dieser oder der Stiefelternteil verstorben ist, Waisenbezüge erhält.
- d) Kinder ab dem vollendeten 12. Lebensjahr bis zur Vollendung des 18. Lebensjahr haben ebenfalls unter den o. a. Voraussetzungen einen Anspruch auf Leistungen nach dem UVG, wenn
 - das Kind oder der alleinerziehende Elternteil keine Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) bezieht oder durch die Unterhaltsvorschussleistung die Hilfebedürftigkeit des Kindes vermieden werden kann **oder**
 - der alleinerziehende Elternteil ein monatliches Einkommen von mindestens 600 Euro brutto hat und nur ergänzend Leistungen nach dem SGB II bezieht.
- e) Ausländer:
Bei ausländischen Staatsangehörigen müssen zusätzliche weitere ausländerrechtliche Voraussetzungen vorliegen. Diese werden im Einzelfall geprüft (vorzulegen ist unbedingt der jeweilige Aufenthaltstitel).

2. Wann besteht kein Anspruch auf die Unterhaltsleistung?

Der Anspruch ist ausgeschlossen, wenn

- beide Elternteile in häuslicher Gemeinschaft miteinander leben, unabhängig davon, ob sie miteinander verheiratet sind oder nicht **oder**
- beide Elternteile das Kind gemeinsam betreuen bzw. eine erhebliche Mitbetreuung durch den anderen Elternteil erfolgt **oder**
- der alleinerziehende Elternteil, bei dem das Kind lebt, heiratet (auch wenn es sich dabei nicht um den anderen Elternteil handelt) bzw. verheiratet ist oder eine Lebenspartnerschaft im Sinne des Lebenspartnerschaftsgesetzes (LPartG) eingeht, (hierzu können auch ausschließlich religiös geschlossene Ehen zählen) **oder**
- in der häuslichen Gemeinschaft von Kind und Elternteil auch ein Stiefvater oder eine Stiefmutter des Kindes oder ein Lebenspartner im Sinne des LPartG lebt (z.B. durch Heirat oder Wiederheirat des Elternteils, bei dem das Kind lebt, oder durch die Eintragung einer Lebenspartnerschaft des Elternteils, bei dem das Kind lebt), **oder**
- das Kind nicht von einem Elternteil betreut wird, sondern sich z. B. in einem Heim oder in Vollzeitpflege bei einer anderen Familie befindet, **oder**
- von z.B. zwei Kindern je eines bei einem der Elternteile wohnt und jeder der Elternteile für den vollen Unterhalt des bei ihm lebenden Kindes allein aufkommt, **oder**
- der alleinerziehende Elternteil sich weigert, die zur Durchführung des Gesetzes erforderlichen Auskünfte zu erteilen oder bei der Feststellung der Vaterschaft oder des Aufenthaltes des anderen Elternteiles mitzuwirken, **oder**
- das Kind Unterhaltszahlungen in ausreichender Höhe (vgl. Abschnitt 3) von dem anderen Elternteil bzw. demjenigen, der sich für den Vater des Kindes hält, erhält, **oder**
- der andere Elternteil seine Unterhaltspflicht durch Vorauszahlung erfüllt hat, **oder**

- der andere Elternteil von der Unterhaltszahlung freigestellt worden ist, oder
- der alleinerziehende Elternteil auf den Unterhalt für das Kind verzichtet hat, **oder**
- ab Vollendung des 12. Lebensjahres des Kindes, das Kind Leistungen nach dem SGB II bezieht und die Hilfebedürftigkeit des Kindes nach § 9 SGB II auch nicht durch Zahlung von Leistungen nach dem UVG vermieden werden kann und der alleinerziehende Elternteil SGB II-Leistungen bezieht und gleichzeitig ein Einkommen von weniger als 600,00 Euro brutto hat, **oder**
- der alleinerziehende Elternteil von seinem Ehegatten oder Lebenspartner nicht dauernd getrennt lebt oder dessen Ehegatte oder Lebenspartner für voraussichtlich weniger als 6 Monate in einer Anstalt untergebracht ist.

3. Wie hoch ist Unterhaltsleistung nach dem UVG?

Die Unterhaltsleistung basiert auf dem in § 1612a Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) geregelten Mindestunterhalt. Hiervon wird das für ein erstes Kind zu zahlende Kindergeld abgezogen, wenn der alleinerziehende Elternteil Anspruch auf das volle Kindergeld hat.

Es ergeben sich ab dem 01.01.2025 hieraus die folgenden monatlichen Leistungsbeträge:

Kinder 0- 5 Jahre	227,00 EUR
Kinder 6 – 11 Jahre	299,00 EUR
Kinder 12 – 17 Jahre	394,00 EUR

Erhält das Kind (regelmäßig) Unterhaltszahlungen des anderen Elternteils oder nach dessen Tod oder dem Tod eines Stiefelternteils Waisenbezüge, so werden diese von dem Betrag der o.g. Leistung nach dem UVG abgezogen.

Das Einkommen des Kindes aus zumutbarer Arbeit und/oder Vermögen, sofern es keine allgemeinbildende Schule mehr besucht (ab dem 15. Lebensjahr), wird bei der Berechnung des UV-Zahlbetrag ebenfalls berücksichtigt.

1. Ab wann wird die Unterhaltsleistung gezahlt?

Die Unterhaltsleistung wird ab Beginn der Antragstellung für den Antragsmonat gezahlt. Sie kann rückwirkend für den letzten Monat vor dem Monat der Antragstellung gezahlt werden, soweit die unter Nummer 1 genannten Voraussetzungen bereits in dieser Zeit erfüllt waren und es nicht an zumutbaren Bemühungen gefehlt hat, den unterhaltspflichtigen Elternteil zu Unterhaltszahlungen zu veranlassen.

2. Welche Pflichten haben der alleinerziehende Elternteil und der gesetzliche Vertreter des Kindes, wenn sie die Leistung nach dem UVG beantragt haben oder erhalten?

Der alleinerziehende Elternteil und der gesetzliche Vertreter des Kindes müssen der Unterhaltsvorschussstelle nach der Antragstellung unverzüglich alle Änderungen anzeigen, die für die Leistung nach dem UVG von Bedeutung sind, und zwar insbesondere,

- wenn das Kind nicht mehr ausschließlich bei dem alleinerziehenden Elternteil lebt (z.B. wegen Aufenthalt in einem Heim, bei Pflegeeltern, bei dem anderen Elternteil oder bei einer Inobhutnahme),
- wenn sich der Betreuungsumfang des Kindes durch den anderen Elternteil nicht nur geringfügig erhöht hat,
- wenn der alleinerziehende Elternteil heiratet, (auch, wenn es sich bei dem Ehepartner nicht um den anderen Elternteil handelt, wenn die Eheschließung im Ausland vollzogen und keine Anerkennung der Eheschließung nach deutschem Recht erfolgt ist oder es sich um eine Zweit-, Dritt-, etc.-Ehe handelt), eine Lebenspartnerschaft nach dem LPartG eingeht oder mit dem anderen Elternteil zusammenzieht,
- wenn der alleinerziehende Elternteil und/oder das Kind umzieht,
- wenn der alleinerziehende Elternteil mit dem anderen Elternteil oder dem Stiefelternteil zusammenzieht,
- wenn ein weiteres gemeinsames Kind zum anderen Elternteil zieht,
- wenn der bisher unbekannt Aufenthalt des anderen Elternteils in Erfahrung gebracht werden konnte,
- wenn bei SGB II-Bezug das Einkommen des alleinerziehenden Elternteiles sinkt,
- wenn der andere Elternteil Unterhalt für das Kind zahlt bzw. regelmäßig zahlen will oder wenn Unterhalt für das Kind gepfändet wird,

- wenn der andere Elternteil oder das Kind gestorben ist,

- wenn das Kind und/oder der alleinerziehende Elternteil einem anderen EU/EWR-Staat oder der Schweiz angehören und die Ausländerbehörde den Verlust des Rechts auf Einreise und Aufenthalt nach §§ 2 Absatz 7, 5 Absatz 4 oder 6 Absatz 1 Freizügigkeitsgesetz/EU feststellt.
- wenn für das Kind Halbwaisenrente gewährt wird,
- wenn das Kind das 15. Lebensjahr vollendet hat und keine allgemeinbildende Schule mehr besucht,
- wenn das Kind das 15. Lebensjahr vollendet hat und keine allgemeinbildende Schule mehr besucht und eigenes Einkommen (z.B. Ausbildungsvergütung) oder Einkommen aus Vermögen hat,
- wenn sich die Bankverbindung des alleinerziehenden Elternteils ändert,
- wenn der alleinerziehende Elternteil eine Beistandschaft für sein Kind einrichten lässt oder einen Rechtsanwalt mit der Geltendmachung des Kindesunterhalts beauftragt,
- wenn die Vaterschaft des Kindes festgestellt wird,
- wenn die Vaterschaft des rechtlichen Vaters durch gerichtliche Entscheidung ausgeschlossen ist,
- wenn eine Adoption des Kindes geplant ist,
- wenn ein Unterhaltstitel für das Kind geschaffen wird oder wurde.

Die (Wieder-)Heirat bzw. die Eintragung einer Lebenspartnerschaft des Elternteils, bei dem das Kind lebt, sowie den Umzug des Kindes von einem Elternteil zum anderen Elternteil ist der Unterhaltsvorschussstelle **vorab** mitzuteilen.

Die vorsätzliche oder fahrlässige Verletzung dieser Anzeigepflicht kann mit einem Bußgeld geahndet werden.

3. In welchen Fällen muss die Leistung nach dem UVG ersetzt oder zurückgezahlt werden?

Hat ein Kind zu Unrecht Unterhaltsleistungen erhalten, muss vom alleinerziehenden Elternteil der Betrag ersetzt oder zurückgezahlt werden, wenn

- (bei der Antragsstellung) vorsätzlich oder fahrlässig falsche oder unvollständige Angaben gemacht worden sind, **oder**
- nach der Antragstellung die Anzeige- und Mitteilungspflicht nach Abschnitt 5 dieses Blattes verletzt worden ist, **oder**
- der alleinerziehende Elternteil gewusst oder infolge Fahrlässigkeit nicht gewusst hat, dass die Voraussetzungen für die Zahlung der Unterhaltsleistung nicht erfüllt waren, **oder**
- wenn das Kind nach der Antragstellung Einkommen erzielt hat, das bei der Berechnung der Leistung nach dem UVG hätte abgezogen werden müssen (vgl. Abschnitt 3 dieses Blattes).

Das Kind muss die Unterhaltszahlung zurückzahlen, wenn es nach Antragstellung

- von dem anderen Elternteil in einem Monat Unterhalt erhalten hat, für den Unterhaltsvorschuss gewährt wurde **oder**
- Waisenbezüge erhalten hat, die bei der Berechnung der Höhe der Unterhaltsleistung hätten angerechnet werden müssen.

4. Wie wirkt sich die Leistung auf andere Sozialleistungen aus?

Die Unterhaltsleistung nach dem UVG schließt, zumindest bis zur Vollendung des 12. Lebensjahres eines Kindes, z. B. den Sozialhilfeanspruch oder den Anspruch auf Bürgergeld des Kindes nicht aus. Sie wird aber als vorrangige Sozialleistung auf die Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) bzw. das Bürgergeld nach dem SGB II angerechnet.

Für Kinder ab dem 12. Lebensjahr vergleiche Punkt 2. vorletzter Spiegelstrich dieses Merkblattes.

Hinweis:

Das Bundesfamilienministerium hat eine ausführliche Broschüre zum UVG herausgegeben. Sie können diese Broschüre beim Bundesfamilienministerium auf der Homepage herunterladen <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/der-unterhaltsvorschuss-73764>





Landkreis Harz
Amt für Betreuung und ergänzende Jugend-/Sozialleistungen

Hinweisblatt zum Ausfüllen des Antrages auf Unterhaltsvorschussleistung

Der Antrag ist in Druck- oder Blockschrift auszufüllen und persönlich abzugeben. Es ist zu beachten, dass die Unterhaltsleistung rückwirkend längstens für den letzten Monat vor dem Monat gezahlt wird, in dem der Antrag beim Landkreis Harz eingegangen ist; **dies gilt nicht**, soweit es an zumutbaren Bemühungen des Berechtigten gefehlt hat, den unterhaltspflichtigen Elternteil zu Unterhaltszahlungen zu veranlassen (Rechtsanwalt, Beistand). Falls eine der erforderlichen Angaben nicht mit Sicherheit gemacht werden kann, ist „unbekannt“ einzutragen.

Bei Zweifelsfragen setzen Sie sich bitte mit dem Amt für Betreuung und ergänzende Jugend-/Sozialleistungen des Landkreises Harz in Verbindung. Zuständige Mitarbeiter/innen für die Buchstabengruppen sind:

zuständig:	Raum-Nr.	Telefon:	Fax:	Buchstabengruppe	E-Mail
Frau Abel	2.224	03941/5970-2146	03941/5970136389	W	unterhaltsvorschuss2@kreis-hz.de
Herr Becwar	2.216	03941/5970-5926	03941/5970136348	Sb-St	unterhaltsvorschuss1@kreis-hz.de
Frau Kauschus-Pahl	2.218	03941/5970-2204	03941/5970136348	Sch (ohne Schm)	unterhaltsvorschuss1@kreis-hz.de
Frau Fenn-Döring	2.226	03941/5970-5928	03941/5970136389	Gi-Gz; Q, X	unterhaltsvorschuss1@kreis-hz.de
Herr Wache	2.220	03941/5970-5942	03941/5970136348	Ha-He	unterhaltsvorschuss1@kreis-hz.de
Frau Kühner	2.218	03941/5970-5979	03941/5970136348	Hi-Hz; Pl-Pz; Su-Sz	unterhaltsvorschuss1@kreis-hz.de
Frau Diron	2.224	03941/5970-2117	03941/5970136389	D; E; U	unterhaltsvorschuss2@kreis-hz.de
Frau Klassen	2.220	03941/5970-5978	03941/5970136348	F; Nh-Nz; Sa-Sä	unterhaltsvorschuss1@kreis-hz.de
Herr Belohlavy	2.216	03941/5970-2134	03941/5970136388	Pa-Pk, T	unterhaltsvorschuss1@kreis-hz.de
Herr Görner	2.222	03941/5970-2127	03941/5970136388	A, Ba-Be	unterhaltsvorschuss2@kreis-hz.de
Frau Engler	2.222	03941/5970-2128	03941/5970136388	Ga-Gh; I; Ka-Kn	unterhaltsvorschuss2@kreis-hz.de
Frau Nippert	2.224	03941/5970-2159	03941/5970136348	Ko-Kz	unterhaltsvorschuss2@kreis-hz.de
Frau Koch	2.224	03941/5970-2147	03941/5970136352	L; O; V	unterhaltsvorschuss2@kreis-hz.de
Frau Neyer	2.222	03941/5970-2177	03941/5970136352	Bf- Bz; C	unterhaltsvorschuss2@kreis-hz.de
Frau Ulrich	2.220	03941/5970-2126	03941/5970136388	R	unterhaltsvorschuss1@kreis-hz.de
Herr Kleindienst	2.216	03941/5970-2176	03941/5970136388	J; Na-Nf; Schm; Z	unterhaltsvorschuss1@kreis-hz.de
Herr Behrens	2.222	03941/5970-2098	03941/5970136352	M; Ng; Y	unterhaltsvorschuss2@kreis-hz.de

Begriffserklärungen:

Sorgeerklärung

Seit dem 1. Juli 1998 besteht die Möglichkeit, dass Eltern, die nicht miteinander verheiratet sind, in urkundlicher Form erklären, dass sie die Sorge für das Kind gemeinsam übernehmen wollen.

getrennt lebend

Die Ehegatten leben getrennt, wenn keine häusliche Gemeinschaft mehr zwischen ihnen besteht und wenigstens einer von ihnen die häusliche Gemeinschaft nicht wiederherstellen will, weil er die eheliche Gemeinschaft mit dem anderen ablehnt. Die Trennung nur aus beruflichen Gründen genügt hier nicht.

Anstalt

Anstalten sind die zur Unterbringung behandlungs- und pflegebedürftiger Personen bestimmten Einrichtungen des Gesundheitswesens (z. B. Krankenhäuser, Heil- und Pflegeanstalten), Entziehungsanstalten sowie die Strafvollzugs- und Untersuchungshaftanstalten.

Tituliert, Titel

(Unterhalts-) Titel sind Gerichtsurteil, -beschluss oder, -vergleich und gerichtliche Einigungen sowie Urkunde eines Jugendamtes oder Notars, wodurch der Elternteil, bei dem das Kind nicht lebt, zu einer Unterhaltszahlung verpflichtet wurde bzw. sich verpflichtet hat.

Waisenbezüge sind insbesondere

- Waisenrente aus der Sozialversicherung (gesetzliche Unfall- oder Deutsche Rentenversicherung),
- Waisengeld aus der Beamtenversorgung
- Waisenrente (einschließlich der Grundrente) nach dem Bundesversorgungsgesetz oder nach Gesetzen, die das Bundesversorgungsgesetz für anwendbar erklären,
- Schadenersatzleistungen, die dem Kind wegen des Todes des Elternteils in Form einer Rente oder einmalig als Abfindung gezahlt werden.

Weitere Erläuterungen zu den einzelnen Ziffern des Antrages:

zu Ziffer 2. Der Elternteil, bei dem das Kind lebt, gilt als dauernd getrennt lebend, wenn im Verhältnis zum Ehegatten oder Lebenspartner*in getrennt leben gem. § 1567 BGB vorliegt oder wenn sein Ehegatte oder Lebenspartner wegen Krankheit oder Behinderung oder auf Grund gerichtlicher Anordnung voraussichtlich mindestens 6 Monate in einer Anstalt untergebracht ist.

zu Ziffer 3. Anstelle des Arbeitgebers ist, wenn der andere Elternteil Rente oder Versorgungsbezüge bzw. Sozialleistungen erhält, die Stelle zu benennen, die diese Leistung zahlt.

zu Ziffer 4. Als Unterhaltszahlung des Elternteils, bei dem das Kind nicht lebt, sind auch die Zahlungen zu nennen, die ein Sozialleistungsträger in Erfüllung eines diesem Elternteil zustehenden Anspruchs unmittelbar an das Kind oder zur Deckung des Kindesunterhaltes an den allein erziehenden Elternteil oder den gesetzlichen Vertreter des Kindes leistet (z. B. Leistungen der Unterhaltssicherungsbehörde, wenn der Vater des Kindes Wehr- bzw. Zivildienst leistet).

Zahlt ein Dritter zur Erfüllung der Unterhaltsschuld des Elternteils, bei dem das Kind nicht lebt, Unterhalt, ist diese Zahlung auf einem gesonderten Blatt anzugeben.

Der Vorauszahlung des Unterhaltes steht eine Zahlung zur Erfüllung einer Vereinbarung gleich, nach der der Vater eines Kindes, dessen Eltern nicht miteinander verheiratet sind, an Stelle des von ihm geschuldeten Unterhaltes eine Abfindung zu leisten hat (§ 1615e BGB). Auch eine derartige Abfindungszahlung ist also hier anzugeben.

Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen:

- Abstammungs-/Geburtsurkunde in Kopie
- Aktuelle Meldebescheinigung des berechtigten Elternteils und Kind (Original – nicht älter als 3 Monate)
- Schuldtitel (vollstreckbare Ausfertigung der Urkunde, Urteil, Vergleich bzw. Einigung, Unterhaltsfestsetzungsbeschluss)
- Vaterschaftsanerkennung
- Schriftverkehr des Rechtsanwaltes zur Ehescheidung bzw. zum Getrenntleben
- Personalausweis in Kopie
- Scheidungsurteil
- sofern für das Kind weitere Leistungen gewährt werden, sind die entsprechenden Bescheide ebenfalls beizufügen (z. B. Waisenbezüge usw.).
- Nachweis der letzten Unterhaltszahlung (Kopie Kontoauszug)
- Schulbescheinigung des Kindes ab dem 15. Lebensjahr
- Einkommen des Kindes (Ausbildungsvergütung, Nebentätigkeit) ggf. Einkünfte aus Vermögen
- Einkommen des berechtigten Elternteils